

# N i e d e r s c h r i f t

## über die 37. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 01.04.2004 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

---

### Mitglieder:

Dr. Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Haupt, Sascha	Fraktion PETO
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl	CDU-Fraktion
Liebe, Luda	Fraktion MBM/F.D.P.
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	
anwesend ab 16:35 Uhr, während TOP Ö 5.	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Raabe, Peter	CDU-Fraktion

Richrath, Martin anwesend ab 19:53 Uhr, während TOP Ö 25.	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	CDU-Fraktion
Scheige, Gerardo	Fraktion PETO
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schunke, Dieter	SPD-Fraktion
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.
Spiecker, Gerd	Verwaltung
Herrmann, Max	Verwaltung
Bosbach, Hans	Verwaltung
Trost, Uwe	Verwaltung
Warden, Marion	Verwaltung
Müchler, Gerhard	Verwaltung
Thomanek, Georg	Verwaltung
Brock, Hans Peter	Verwaltung
Herforth, Gisela	Verwaltung
Mittmann, Georg	Verwaltung
Kirberg, Inge	Verwaltung

Beginn der Sitzung 16:10 Uhr

Ende der Sitzung 20:14 Uhr

## Tagesordnung:

### Öffentliche Sitzung:

- Ö 1. 2004/0125 Verleihung des Umweltpreises der Stadt Monheim am Rhein 2003
- Ö 2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
- Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung  
-öffentlicher Teil-
- Ö 4. 2004/0124 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 26.02.2004
- Ö 5. 2004/0123 Einrichtung eines Seniorinnen- und Seniorenbeirates in der Stadt Monheim am Rhein zusammen mit der Kommunalwahl 2004
- Ö 6. 2004/0127 Mitteilung  
Bebauungsplan Nr. 1B - 5. Änderung  
Schreiben der Eigentümergemeinschaft Fichtestr. 1-5 u.a. vom 11.03.2004
- Ö 7. 2004/0102 Zielkonzept 2020  
- Zusammenführung der Prozesse des Zielkonzeptes 2020 und der Lokalen Agenda 21  
- Entwicklung eines Handlungskonzeptes zum Zielkonzept 2020  
- Jahrestagung zum Zielkonzept 2020  
- Arbeit der Koordinierungsgruppe
- Ö 8. 2004/0038 Satzung über die Teilnahme am offenen Ganztags und Entgeltordnung bzw. Gebührensatzung für die städtischen Gemeinschaftsgrundschulen Geschwister-Scholl-Schule und Hermann-Gmeiner-Schule
- Ö 9. 2004/0103 Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar
- Ö 10. 2004/0122 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges
- Ö 11. 2004/0104 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster
- Ö 12. 2004/0105 Aufstellung von Vorschlagslisten zur Wahl der Vertrauenspersonen für die Auswahl der Schöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2005 - 31.12.2008
- Ö 13. 2004/0106 Satzung zur 4. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 28.02.2000

- |       |           |  |
|-------|-----------|--|
| Ö 14. | 2004/0119 | Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2003   |
| Ö 15. | 2004/0114 | Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.09. - 31.12.2003 |
| Ö 16. | 2004/0052 | Beteiligungsbericht gemäß § 112 Abs. 3 GO NW   |
| Ö 17. | 2004/0056 | Bericht zur sozialen Situation für die Stadt Monheim am Rhein  |
| Ö 18. | 2004/0129 | Personalangelegenheiten<br>Entwicklung eines Sollstellenplans  |
| Ö 0.  |           | Bürgerfragestunde  |
| Ö 19. | 2004/0130 | Stellenplan 2004   |
| Ö 20. | 2004/0118 | Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2004 ff.  |
| Ö 21. | 2004/0117 | Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2004   |
| Ö 22. | 2004/0116 | Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2003 - 2007  |
| Ö 23. | 2004/0131 | Nachwahl von Ausschussmitgliedern  |
| Ö 24. |           | Mündliche Mitteilungen   |
| Ö 25. |           | Mündliche Anfragen   |

**Nichtöffentliche Sitzung  
20:08**

- |        |           |   |
|--------|-----------|---|
| NÖ 26. |           | Feststellung der Beschlussfähigkeit   |
| NÖ 27. |           | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung<br>-nichtöffentlicher Teil- |
| NÖ 28. | 2004/0128 | Vertragsangelegenheit   |
| NÖ 29. |           | Mündliche Mitteilungen  |
| NÖ 30. |           | Mündliche Anfragen  |

**Ö 1. 2004/0125 Verleihung des Umweltpreises der Stadt Monheim am Rhein 2003**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim begrüßt alle Anwesenden.

Der Bürgermeister würdigt die im Rahmen einer Projektwoche von Schülerinnen und Schülern der Peter-Ustinov-Gesamtschule geplante und durchgeführte Neugestaltung des Innenhofes im Gebäude D der Schule. Er zeichnet die Vertreter der Schule mit dem Umweltpreis der Stadt Monheim am Rhein für das Jahr 2003 aus und überreicht Urkunde und Dotierung.

**Ö 2. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit**

Herr Bürgermeister Dr. Dünchheim eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Gegen Aufnahmen des WDR für einen Betrag über die Fraktion Peto werden keine Einwände erhoben.

Auch gegen die Erweiterung der Tagesordnung um die Vorlage 2004/0131, die allen Ratsmitgliedern zugegangen ist (Nachwahl von Ausschussmitgliedern - TOP Ö 23. neu), gibt es keinen Widerspruch.

*(Nach Behandlung des TOP Ö 17 änderte der Bürgermeister die Reihenfolge der Abstimmung zu den Punkten 18 und 19. In dieser Niederschrift ist die Behandlung entsprechend des Sitzungsverlaufs dokumentiert.)*

**Ö 3. Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung -öffentlicher Teil-**

Der Rat nimmt die Niederschrift der letzten Sitzung - öffentlicher Teil - zur Kenntnis.

**Ö 4. 2004/0124 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 26.02.2004**

Der Rat nimmt den Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 26.02.2004 zur Kenntnis.

**Ö 5. 2004/0123 Einrichtung eines Seniorinnen- und Seniorenbeirates in der Stadt Monheim am Rhein zusammen mit der Kommunalwahl 2004**

Die Fraktion Die Grünen stellt fest, dass nach der Wahlordnung für die Wahl des Seniorenbeirats 10 Stimmbezirke vorgesehen sind. Für die Kommunalwahl wurden jedoch 20 Stimmbezirke festgelegt. Sie fragt an, ob es nicht ungünstig ist, dass die Wahl des Seniorenbeirats nicht auch in jedem Kommunalwahllokal erfolgen kann.

Die Verwaltung betont hierzu, dass sich jeweils mehrere Wahllokale für die Kommunalwahl in einem Gebäude befinden. Es sei sichergestellt, dass die Wahl zum Seniorenbeirat wenn auch nicht im gleichen Wahllokal aber im gleichen Gebäude erfolgen könne. Auch die Erreichbarkeit für Behinderte sei sichergestellt. Diese Regelungen seien auch mit der Vorbereitungsgruppe abgestimmt.

Die SPD-Fraktion wiederholt ihre bereits im Fachausschuss vorgebrachten Argumente gegen die Festsetzung des Wahl- und Wählbarkeitsalters auf 55 Jahre. Sie sei nach wie vor der Auffassung, dass damit ein falsches Signal gesetzt werde und letztlich die negativen Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und in den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen legalisiert würden. Sie hält es für richtiger, das Alter auf 60 Jahre festzusetzen und verweist hierzu auf die entsprechenden Regelungen für die Seniorengruppen der Parteien. Sie wiederholt ihren Antrag aus dem Fachausschuss, das Wahl- und Wählbarkeitsalter auf 60 Jahre festzulegen, macht jedoch deutlich, dass sie ihre Zustimmung zur Einrichtung des Seniorenbeirats nicht vom Ergebnis dieser Abstimmung abhängig machen werde.

Die CDU-Fraktion berichtet von der Arbeit in der Vorbereitungsgruppe, die sich mehrheitlich für die Festsetzung auf 55 Jahre ausgesprochen habe. Sie verweist hierzu außerdem auf die Empfehlung der Landesseniorenvertretung und sieht keinen Grund, die auch im Fachausschuss mehrheitlich getroffene Entscheidung zu revidieren. Das Alter dürfe keine Rolle spielen; vielen Menschen im Vorruhestand werde mit der Festlegung auf 55 Jahre eine Mitarbeit ermöglicht.

Der Vertreter der MBM stellt folgende Änderungsanträge:

- Festlegung des Wahl- und Wählbarkeitsalters auf 60 Jahre
- Streichung der beratenden Mitglieder
- Wahl von Vertretern der Beiratsmitglieder

Zur Begründung verweist er zur Festlegung des Alters auf Regelungen im Landesbeamtengesetz. Beratende Mitglieder lehnt er ab. Er ist der Auffassung, dass der Seniorenbeirat seine Interessen unbeeinflusst vertreten sollte. Es sei mehr als merkwürdig, wenn der Rat, dem gegenüber die Interessen vertreten werden sollen, bereits vorher Vertreter in diesen Beirat entsende. Auch ständige Vertreter anderer Verbände etc. gehörten nicht in dieses Gremium. Die Wahl von Stellvertretern hält er für erforderlich, damit Beschlüsse des Beirats bei fehlenden Mitgliedern nicht vom Zufall abhängig werden.

Die CDU-Fraktion betont, dass sie in den beratenden Ratsmitgliedern im Seniorenbeirat ein Bindeglied zwischen diesen beiden Gremien sieht und keine Bevormundung. Sie verweist auf die in der Vorbereitungsgruppe erarbeiteten Regelungen, denen der Rat sich anschließen sollte.

Die Vertreterin der F.D.P. bemerkt, dass sie die Kontroverse um das Wahl- und Wählbarkeitsalter nicht nachvollziehen könne, da ja wohl nicht an eine Zwangsmitgliedschaft im Beirat gedacht sei. Diese Entscheidung könne jede Einzelne selber für sich treffen.

Dem schließt sich die Fraktion Die Grünen an mit der Bemerkung, dass ein Gremium sich über jeden freuen sollte, der aktiv mitarbeiten wolle.

Aus der SPD-Fraktion wird auf den Prüfauftrag des Fachausschusses hinsichtlich der Möglichkeit der Wahl von Stellvertretern verwiesen. Die Verwaltung betont, dass sie die Angelegenheit nochmals geprüft habe. Die Wahl von Stellvertretern sei, wie auch beim Rat oder beim Ausländerbeirat nicht möglich.

Der Vertreter der MBM zieht seinen Antrag auf Wahl von Vertretern der Beiratsmitglieder zurück.

Der Bürgermeister lässt über die Anträge aus den Fraktionen abstimmen.

Festsetzung des Wahl- und Wählbarkeitsalters auf 55 Jahre  
dafür: 24 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 1 F.D.P.)  
dagegen: 11 Stimmen (11 SPD)  
Enthaltung: 3 Stimmen (2 Peto, 1 MBM)

Streichung der beratenden Mitglieder  
dafür: 1 Stimme (MBM)  
dagegen: 37 Stimmen (BM, 19 CDU, 11 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 1 F.D.P.)

## **Beschluss**

1. Die Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
2. Die Wahlordnung für die Wahl der Mitglieder des Seniorinnen- und Seniorenbeirates der Stadt Monheim am Rhein wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

Die Satzungsänderung und die Wahlordnung sind Bestandteil dieses Beschlusses.

## **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 6. 2004/0127 Mitteilung Bebauungsplan Nr. 1B - 5. Änderung Schreiben der Eigentümergemeinschaft Fichtestr. 1-5 u.a. vom 11.03.2004**

Die Verwaltung gibt Erläuterungen zum Sachverhalt. Insbesondere weist sie darauf hin, dass überall dort, wo private Stellplätze errichtet werden, diese im öffentlichen Verkehrsraum automatisch wegfallen. Sie erläutert die besondere Problematik, die sich durch die Umwandlung von Miet- in Eigentumswohnungen und den Verkauf dieser Objekte ergeben hat. Obwohl nach dem geltenden Bebauungsplan die Anlage von privaten Stellplätzen nicht möglich sei, liege der Eigentümergemeinschaft die Zusicherung eines Sachbearbeiters der Verwaltung vor, dass dieses Projekt genehmigungsfähig sei.

Die CDU-Fraktion ist der Meinung, dass diese undurchsichtige Angelegenheit in den Fachausschuss verwiesen werden sollte, um dort nochmals detailliert zu beraten. Er bittet die Verwaltung, in der nächsten Fachausschusssitzung konkrete Lösungsvorschläge zu machen, die einerseits der Eigentümergemeinschaft entgegenkommen, andererseits aber auch den Ausgleich der wegfallenden öffentlichen Parkflächen berücksichtigen.

Die SPD-Fraktion schließt sich diesem Vorschlag an, verlangt jedoch, dass eine Behandlung und Entscheidung dann auch im nächsten Fachausschuss erfolgt, da die Eigentümergemeinschaft nach dreimaliger Verweisung nunmehr einen Anspruch auf eine Entscheidung habe.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Frage, ob auf die Stadt Schadenersatzansprüche zukommen können. Der Bürgermeister betont, dass dies nicht ausgeschlossen werden könne. Auch er empfiehlt, die Problematik im Fachausschuss zu lösen. Er sagt zu, dass die Verwaltung

in der Fachausschusssitzung im Mai ein allumfassendes Konzept vorlegen werde, damit eine endgültige Entscheidung getroffen werden könne.

Die Angelegenheit wird einstimmig an den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen verwiesen.

- Ö 7. 2004/0102 Zielkonzept 2020**
- **Zusammenführung der Prozesse des Zielkonzeptes 2020 und der Lokalen Agenda 21**
  - **Entwicklung eines Handlungskonzeptes zum Zielkonzept 2020**
  - **Jahrestagung zum Zielkonzept 2020**
  - **Arbeit der Koordinierungsgruppe**

Nach Beantwortung einer Frage aus der Fraktion Die Grünen fasst der Rat folgenden

### **Beschluss**

1. Die Zusammenführung der Prozesse des Zielkonzept 2020 und der Lokalen Agenda 21 in Monheim werden beschlossen.
2. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass zurzeit auf der Grundlage des Leitbildes ein Handlungskonzept zum Zielkonzept 2020 unter Beteiligung von Verwaltung, Bürgern und Koordinierungsgruppe erarbeitet wird.
3. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Jahrestagung zum Zielkonzept erfolgreich am 24. Januar 2004 in der Mensa der Peter-Ustinov-Gesamtschule durchgeführt worden ist.
4. Der Rat nimmt zur Kenntnis, dass die Koordinierungsgruppe zum Zielkonzept 2020 seit September 2003 kontinuierlich arbeitet.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

- Ö 8. 2004/0038 Satzung über die Teilnahme am offenen Ganztage und Entgeltordnung bzw. Gebührensatzung für die städtischen Gemeinschaftsgrundschulen Geschwister-Scholl-Schule und Hermann-Gmeiner-Schule**

Die SPD-Fraktion erklärt, dass sie gegen diese Satzung stimmen wird und verweist dazu auf ihre bereits in den Fachausschüssen begründete Befürwortung des GTK-Abrechnungsmodells.

### **Beschluss**

Die Beiträge für die Teilnahme von Grundschulkindern am offenen Ganztage von Monheimer Grundschulen (außerunterrichtliche Angebote) werden nach dem Regelbeitragsmodell erhoben.

Die der Vorlage beigefügte Satzung sowie die dem beschlossenen Modell entsprechende Entgeltordnung bzw. Gebührensatzung sind Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 24 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
dagegen: 14 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne,)



## **Ö 9. 2004/0103 Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar**

### **Beschluss**

In den Vermögenshaushalt 2004 werden für die Ersatzbeschaffung von PCB-belastetem Schulinventar zunächst 370.000,00 € eingestellt (unabweisbare Ausgabe).

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 10. 2004/0122 Beschaffung eines Löschgruppenfahrzeuges**

### **Beschluss**

1. Die Beschaffung des Löschfahrzeuges im Frühjahr 2005 ist dringend erforderlich.
2. Im Vermögenshaushalt 2004 wird eine Verpflichtungsermächtigung veranschlagt.
3. Das Investitionsprogramm für 2005 ist im UA 1300 entsprechend anzupassen.

### **Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

## **Ö 11. 2004/0104 Vorschlagsliste für die Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht Düsseldorf und das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster**

Die Fraktionen benennen die unter Ziff. 1 im Beschluss enthaltenen 13 Personen zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das Verwaltungsgericht in Düsseldorf. (Die lt. Beschlussvorlage möglichen 24 Personen werden nicht benannt.) Für die Wahl als ehrenamtlicher Verwaltungsrichter für das Oberverwaltungsgericht des Landes Nordrhein-Westfalen in Münster werden von der CDU-Fraktion Herr Günter Bosbach, von der SPD-Fraktion Herr Manfred Klein vorgeschlagen.

### **Beschluss**

1. Zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichter für das **Verwaltungsgericht in Düsseldorf** werden folgende Personen vorgeschlagen

Hans-Jürgen Goldmann  
Bruno Kosmala  
Peter Raabe  
Klaus Hüter  
Hans-Joachim Ditz  
Gabriele Hackel  
Sven Kohlmetz  
Ariane Knauer  
Herbert Heck  
Gerald Altvater

Jürgen Haider  
Luda Liebe  
Rainer Zimmermann

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

2. Folgende Person wird für die Wahl als ehrenamtliche/r Verwaltungsrichter/-richterin für das **Oberverwaltungsgericht** des Landes Nordrhein-Westfalen in **Münster** vorgeschlagen:  
Günter Bosbach

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 20 Stimmen (BM, 19 CDU)  
dagegen: 11 Stimmen (SPD)  
Enthaltung 7 Stimmen (3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

**Ö 12. 2004/0105 Aufstellung von Vorschlagslisten zur Wahl der Vertrauenspersonen für die Auswahl der Schöffen für die Amtsperiode vom 01.01.2005 - 31.12.2008**

Die Fraktionen benennen die im Beschluss enthaltenen Personen.

**Beschluss**

Zur Aufnahme in die Vorschlagsliste zur Wahl der Vertrauenspersonen für die Auswahl der Schöffen werden folgende Personen vorgeschlagen:

Karl-Heinz Göbel  
Karl König  
Harald Senft  
Elisabeth Tonn  
Harald Schmidt  
Winfried von Wallis

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 37 Stimmen (BM, 18 CDU, 11 SPD, 3 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)  
Enthaltung 1 Stimme (CDU)

**Ö 13. 2004/0106 Satzung zur 4. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 28.02.2000**

**Beschluss**

Die Änderungssatzung zur Hauptsatzung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Änderungssatzung ist Bestandteil des Beschlusses.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig

**Ö 14. 2004/0119 Jahresrechnung und Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2003**

**Beschluss**

Das Ergebnis der Jahresrechnung sowie der Rechenschaftsbericht für das Haushaltsjahr 2003 werden zur Kenntnis genommen.

Die Haushaltsrechnung wird mit dem Rechenschaftsbericht dem Rechnungsprüfungsausschuss zur Prüfung gemäß § 94 GO NW zugeleitet.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 15. 2004/0114 Kenntnisnahme der nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.09. - 31.12.2003**

Der Kämmerer beantwortet Fragen aus den Fraktionen von CDU und SPD.

Der Rat nimmt die nicht erheblichen über- und außerplanmäßigen Ausgaben für die Zeit vom 01.09.2003 bis zum 31.12.2003 zur Kenntnis.

**Ö 16. 2004/0052 Beteiligungsbericht gemäß § 112 Abs. 3 GO NW**

Der Rat nimmt den Bericht über die Beteiligung der Stadt Monheim am Rhein an Unternehmen und Einrichtungen in der Rechtsform des privaten Rechts zur Kenntnis.

**Ö 17. 2004/0056 Bericht zur sozialen Situation für die Stadt Monheim am Rhein**

Aus der CDU-Fraktion wird auf die Beratung im Fachausschuss verwiesen. Der vorgelegte Bericht werde Grundlage für die künftige Arbeit sein und kontinuierlich fortgeschrieben.

**Beschluss**

Der durch den Beschluss des Rates vom 07.11.2002 von der Verwaltung zu erarbeitende Bericht zur sozialen Situation (Sozialbericht) der Stadt Monheim am Rhein wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung für eine Pause von 17:40 bis 17:56 Uhr.

## **Ö 18. 2004/0129 Personalangelegenheiten Entwicklung eines Sollstellenplans**

Der Bürgermeister fasst die Beratung zu den TOPs 18 bis 22 zusammen. Die Reden der Fraktionen zur Verabschiedung des Haushalts 2004 (Dauer: 17:56 bis 19:27 Uhr) sind dieser Niederschrift als Anlage beigefügt. Nach den Reden wurde um 19:28 Uhr die Bürgerfragestunde durchgeführt (s. nächster TOP).

### **Beschluss**

1. Dem vorgelegten Sollstellenplan, der sich aus der vorgelegten Anlage 1 ergibt, wird zugestimmt. Die hier aufgezeigten Entwicklungen sind Grundlage der zukünftigen Stellenplanentwürfe.
2. Der Sollstellenplan wird in einem weiteren Schritt um eine personalwirtschaftliche Konzeption ergänzt, die dazu beiträgt, Personalüberhänge und -bedarfe nach Möglichkeit verwaltungsintern auszugleichen.
3. Aufgabenreduzierungen und –verlagerungen erfolgen ausschließlich unter politischem Vorbehalt.
4. Die Verwaltung berichtet halbjährlich über die Realisierung des Sollstellenplans.
5. Die Sollstellenplanung berücksichtigt die Vorgaben des geltenden Personalentwicklungskonzeptes.

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 26 Stimmen (BM, 19 CDU, 3 Grüne, 2 Peto 1 F.D.P.)

dagegen: 11 Stimmen (SPD)

Herr v. Wallis (MBM) war während der Abstimmung nicht anwesend.

## **Ö 0. Bürgerfragestunde**

### **Beginn: 19:28 Uhr**

Ein Bürger kritisiert in einer Frage den falschen Gebrauch der englischen Redewendung "You're welcome" in einer Broschüre der Wirtschaftsförderung über den Rheinpark. Der Bürgermeister räumt dies ein.

Eine Mitarbeiterin des städt. Kindergartens Oranienburger Straße widerspricht Darstellungen in der Presse, dass die geplante Übertragung der Einrichtung gegen den Willen der Mitarbeiterinnen stattfinde. Dies entspreche nicht der Wahrheit. Lediglich eine Mitarbeiterin habe sich dagegen ausgesprochen. Die ungeklärte Situation führe zu Unruhe, Unsicherheit und Ängsten und wirke sich sehr negativ auf die tägliche Arbeit aus.

Der Bürgermeister verweist darauf, dass er dem Rat im nichtöffentlichen Teil der Sitzung zu dieser Thematik berichten werde. Er sagt den Mitarbeiterinnen der Kindertagesstätte eine kurzfristige enge Abstimmung zu.

Ein weiterer Bürger hält den Umbau des Einkaufszentrums Holzweg für gelungen und spricht der Verwaltung hierfür Lob aus.

**Ende: 19:35 Uhr**

## **Ö 19. 2004/0130 Stellenplan 2004**

s. TOP Ö 18.

Der Bürgermeister verweist hierzu auf das nachgereichte Schreiben des Personalrates i.S. Volkshochschulleitung.

### **Beschluss**

Der Stellenplan 2004 wird in der von der Verwaltung vorgelegten Fassung, die sich aus den vorgelegten Tabellen und der Änderungsliste vom 25.03.2004 ergibt, beschlossen. Die wesentlichen Änderungen zum Stellenplan 2003 sind erläutert.

Die Stellenänderungen im Fachbereich Jugend, Beschäftigung und Qualifizierung stehen unter dem ausdrücklichen Vorbehalt der hierfür notwendigen politischen Beschlüsse.

Es wird angestrebt, die Anzahl der beschäftigten Personen durch organisatorische Maßnahmen über das erreichte Maß hinaus zu verringern. Grundlage hierfür ist der Sollstellenplan (s. Vorlage 2004/0129).

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 23 Stimmen (BM, 19 CDU, 2 Peto 1 F.D.P.)

dagegen: 14 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne)

Herr v. Wallis (MBM) war während der Abstimmung nicht anwesend.

## **Ö 20. 2004/0118 Haushaltssicherungskonzept für die Jahre 2004 ff.**

s. TOP Ö 18.

### **Beschluss**

Das der Sachdarstellung als Anlage beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2004 für die Planungsjahre 2004 ff. wird mit den dort genannten Maßnahmen beschlossen.

### **Abstimmungsergebnis:**

dafür: 21 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 F.D.P.)

dagegen: 16 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne, 2 Peto)

Herr v. Wallis (MBM) war während der Abstimmung nicht anwesend.

## Ö 21. 2004/0117 Haushaltssatzung, Haushaltsbuch und Haushaltsplan 2004

s. TOP Ö 18.

### Beschluss

Der Verwaltungsentwurf der Haushaltssatzung 2004 wird unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss empfohlenen Änderungen, die er

- a) aufgrund der Empfehlungen anderer Fachausschüsse,
- b) aufgrund der Vorschläge der Verwaltung,

beschlossen hat, angenommen.

- 1.** Die Haushaltssatzung der Stadt Monheim am Rhein für das Haushaltsjahr 2004 wird mit folgender Fassung beschlossen:

Aufgrund der §§ 77 ff. der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV. NW 1994, S 666/SGV NW/2023) in der z.Zt. geltenden Fassung hat der Rat der Stadt Monheim am Rhein am 01.04.2004 folgende Haushaltssatzung beschlossen:

#### § 1

Der **Haushaltsplan** für das Haushaltsjahr 2004, der die für die Erfüllung der Aufgaben der Gemeinde voraussichtlich eingehenden Einnahmen, zu leistenden Ausgaben und notwendigen Verpflichtungsermächtigungen enthält, wird

##### im Verwaltungshaushalt

in der Einnahme auf	80.653.310 €
in der Ausgabe auf	97.757.520 €

##### im Vermögenshaushalt

in der Einnahme auf	15.230.970 €
in der Ausgabe auf	15.230.970 €

festgesetzt.

#### § 2

Der **Gesamtbetrag der Kredite**, deren Aufnahme im Haushaltsjahr 2004 zur Finanzierung von Ausgaben im Vermögenshaushalt (für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen), erforderlich ist, wird auf

3.133.670 €

festgesetzt.

### § 3

Der **Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigung**, der zur Leistung von Investitionsausgaben und Ausgaben für Investitionsförderungsmaßnahmen in künftigen Jahren erforderlich ist, wird auf

2.726.000 €

festgesetzt.

### § 4

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite**, die im Haushaltsjahr 2004 zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben in Anspruch genommen werden dürfen, wird auf

25.000.000 €

festgesetzt.

### § 5

Die **Steuersätze für die Gemeindesteuern** werden für das Haushaltsjahr 2004 wie folgt festgesetzt:

1.	<b>Grundsteuer</b>	
1.1	für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A)	190 v. H.
1.2	für die Grundstücke (Grundsteuer B)	380 v. H.
2.	<b>Gewerbesteuer</b>	
	nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital auf	405 v. H.

### § 6

Nach dem Haushaltssicherungskonzept ist der Haushaltsausgleich im Jahre 2010 wieder hergestellt. Die im Haushaltssicherungskonzept enthaltenen Konsolidierungsmaßnahmen sind bei der Ausführung des Haushaltsplans umzusetzen.

### § 7

- (1) Über- und außerplanmäßige Ausgaben bedürfen der vorherigen Zustimmung des Rates nach § 82 der Gemeindeordnung NW, wenn sie im Einzelfall 10.000 € überschreiten und ihnen keine zur Deckung dieser Ausgaben zweckgebundenen Einnahmen

gegenüberstehen. Buchungen nach § 22 der Gemeindehaushaltsverordnung bleiben hiervon unberührt.

- (2) Die Bewirtschaftung der Ausgabeansätze des Vermögenshaushaltes und die Inanspruchnahme von Verpflichtungsermächtigungen dürfen nur nach vorheriger Zustimmung des Stadtkämmerers erfolgen. Die Erläuterungen zum Haushaltsplan sind dabei zu beachten. Über Änderungen des Verwendungszweckes im Rahmen der Unabweisbarkeit entscheidet bis 10.000 € der Stadtkämmerer, darüber hinaus der Haupt- und Finanzausschuss.
- (3) Bei den im Stellenplan als künftig umzuwandelnd bezeichneten Planstellen (ku-Vermerk) sind die Bestimmungen des § 26 BBesG (Obergrenzen für Beförderungssämter), der Stellenobergrenzenverordnung (StOV-Gem) bzw. die Tätigkeitsmerkmale des BAT zu beachten.
- (4) Ausgabeansätze des Verwaltungshaushalts sind im Rahmen der "Budgetregeln" für die einzelnen Fachbereiche als übertragbar und gegenseitig deckungsfähig anzusehen.

**2.** Die im Haushaltsbuch festgesetzten Fachbereichsbudgets werden für das Haushaltsjahr 2004 in folgender Höhe beschlossen:

		Einnahme	Ausgabe	Saldo
<b>FB 0</b>	<b>Politik und Verwaltungsleitung</b>	143.646	1.464.352	<b>-1.320.706</b>
<b>FB 1</b>	<b>Bürgerservice und soz. Dienstleistungen</b>	3.109.370	11.292.497	<b>-8.183.127</b>
<b>FB 2</b>	<b>Jugend, Beschäftigung und Qualifizierung</b>	6.861.694	15.719.352	<b>-8.857.658</b>
<b>FB 3</b>	<b>Bildung, Kultur und Sport</b>	1.206.217	10.045.608	<b>-8.839.391</b>
<b>FB 4</b>	<b>Stadtplanung und Bauwesen</b>	12.998.627	17.982.888	<b>-4.984.261</b>
<b>FB 5</b>	<b>Zentrale Dienste</b>	8.867.707	12.238.614	<b>-3.370.907</b>

**3.** Der Fehlbetrag für das Haushaltsjahr 2004 beläuft sich auf 17.104.210 €. Daher ist, auch in Anbetracht der weiteren ausgewiesenen Fehlbeträge und der Maßgaben des Haushaltssicherungskonzeptes, der dem Haushaltsplan als Anlage beigefügte Finanzplan, soweit die Fachbereichsbudgets betroffen sind, als verbindlich anzusehen. Es ist sicherzustellen, dass während der Laufzeit des Haushaltssicherungskonzeptes bei der Aufstellung des Haushaltsplans keine Zuschusserhöhung dieser Budgets erfolgt und sämtliche in Frage kommenden Positionen unter den dann aktuellen Gesichtspunkten auf eine Senkung des Budgets hin überprüft werden. Die Ansätze werden mit diesem Beschluss im Rahmen der Budgetdeckung festgesetzt.

**4.** Die Ergebnisse der vier Foren zum Bürgerhaushalt werden zur Kenntnis genommen und entsprechend des Diskussionsverlaufs in den Fachausschüssen, bei der Beratung der



Haushaltssatzung bzw. bei der Festlegung der Leistungsvereinbarungen berücksichtigt.

5. Der Einwendung des Herrn Volker Sprink auf Erhöhung des Ansatzes bei Haushaltsstelle 3520.9350.00 (Anschaffung von Büchern und Medien) von 10.000 € auf 20.000 € wird nicht gefolgt.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 21 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 F.D.P.)  
dagegen: 16 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne, 2 Peto)

Herr v. Wallis (MBM) war während der Abstimmung nicht anwesend.

**Ö 22. 2004/0116 Investitionsprogramm für den Planungszeitraum 2003 - 2007**

s. TOP Ö 18.

**Beschluss**

Die von den Fachausschüssen und der Verwaltung vorgeschlagenen Ansatzänderungen des Vermögenshaushaltes 2004 werden unter Berücksichtigung der vom Haupt- und Finanzausschuss vorgeschlagenen Änderungen und soweit dieser sie dem Rat zur Beschlussfassung empfiehlt, in das der Finanzplanung der Haushaltssatzung 2004 zugrunde liegende Investitionsprogramm 2003 bis 2007 aufgenommen.

Das so zu berichtigende Investitionsprogramm wird beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

dafür: 21 Stimmen (BM, 19 CDU, 1 F.D.P.)  
dagegen: 16 Stimmen (11 SPD, 3 Grüne, 2 Peto)

Herr v. Wallis (MBM) war während der Abstimmung nicht anwesend.

**Ö 23. 2004/0131 Nachwahl von Ausschussmitgliedern**

**Beschluss**

Der Rat nimmt folgende Nachwahl vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
<b>Jugendhilfeausschuss</b>			
	Karin Teune		Mario Schwan
	Mareike Duday		Nelly-Sachs-Str. 80 Silke Hucklenbroich Dürerweg 8

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig

**Ö 24. Mündliche Mitteilungen**

Keine Wortmeldungen.

**Ö 25. Mündliche Anfragen**

**Ö 25.1 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Nieswand (SPD)  
Müllentsorgung im Berliner Viertel**

Ratsherr Nieswand bezieht sich auf seine Anfrage im Fachausschuss zur Müllentsorgung im Berliner Viertel und fragt an, was das dort angekündigte Gespräch mit der Firma Rethmann ergeben habe. Die Verwaltung teilt mit, dass die Firma Rethmann die aufgetretenen Probleme mit Fahrzeugausfall begründet hat. Die Probleme bei der Abfuhr des Sperrmülls habe jedoch nicht die Firma Rethmann zu vertreten. Hier seien geänderte Termine nicht an die Mieterschaft weitergegeben worden.

**Ö 25.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Schmidt (SPD)  
Bebauungsplan 59 M - Gewerbegebiet Alfred-Nobel-Straße**

Ratsherr Schmidt verweist auf seine Anfrage in der letzten Ratssitzung und die Zusage des Bürgermeisters, ihm den Schriftverkehr mit der Firma Bayer CropScience zu übersenden. Da dies bisher nicht geschehen sei, erinnert er an die Angelegenheit.

Der Bürgermeister erklärt, dass der Verwaltung kein Schreiben der Firma Bayer CropScience in der Angelegenheit vorliegt. Er berichtet von den Gesprächen, die mit der Bayer-Liegenschaftsabteilung geführt wurden. Danach könne die Bayer CropScience bis Ende 2006 über das Grundstück verfügen, danach stehe es der Bayer AG zur Verfügung. Die Verwaltung werde die Angelegenheit weiter verfolgen.

Ratsherr Schmidt betont, Herr Roßdeutscher von der Firma Bayer CropScience habe ihm gegenüber geäußert, dass der Stadt eine schriftliche Mitteilung in der Angelegenheit zugegangen sei und bittet um Zusendung dieses Schriftstücks.

Der Bürgermeister wiederholt nochmals, dass das erwähnte Schreiben nicht vorliegt. Er sagt zu, Kontakt mit Herrn Rossdeutscher aufzunehmen und verweist im Übrigen darauf, dass der Kontakt mit dem Vorstandsvorsitzenden der Bayer CropScience, Herrn Prof. Perschauer, sehr eng ist und mit ihm die weiteren Abstimmungen erfolgen.

**Ö 25.3 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Bosbach (CDU)  
Müllabfuhr**

Ratsherr Bosbach führt aus, dass im Mittwoch-Abfuhrbezirk, wenn drei Mülltonnen zur Abfuhr bereitgestellt werden müssen, regelmäßig die Bio-Tonne nicht geleert wird und die Abfuhr erst einen Tag später erfolgt. Er fragt an, ob dies aus einem Versehen im Abfallkalender resultiert oder technische Probleme der Firma Rethmann der Grund sind.

Der Bürgermeister sagt eine Überprüfung und schriftliche Antwort zu.

**Ö 25.4** **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Pruin (Grüne)**  
**Bolzplatz Albert-Einstein-Straße/Ecke Heerweg**

Ratsherr Pruin bezieht sich auf seine Anfragen im Haupt- und Finanzausschuss. Er fragt an, ob Gespräche mit der kath. Kirchengemeinde möglich sind, auf dem Grundstück Albert-Einstein-Straße/Ecke Heerweg einen Bolzplatz einzurichten. Nach seinen Informationen liege diese Grundstücksfläche brach und werde keiner weiteren Verwendung zugeführt. Der Bürgermeister nimmt die Anregung auf und sagt eine kurzfristige Überprüfung und Mitteilung im nächsten Fachausschuss zu.

**Ö 25.5** **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Belger (SPD)**  
**Müllentsorgung im Berliner Viertel**

Ratsherr Belger kritisiert, dass ihm die vom Bürgermeister in der letzten Ratssitzung zugesagte schriftliche Beantwortung auf seine Anfrage zur Schleusenproblematik im Berliner Viertel bis heute nicht vorliegt. Er betont, dass weder die LEG noch die Mieter im Berliner Viertel darüber informiert sind, wie die Abrechnung der Müllgebühren erfolgt. Er fragt an, ob die Verwaltung sich dazu baldmöglichst äußert.

Die Verwaltung antwortet, dass die schriftliche Beantwortung der Anfrage erfolgt ist und die Schleusen-Daten in den nächsten Tagen der LEG übermittelt werden. Hinsichtlich der Funktionalität der Schleusen verweist sie auf den schwebenden Rechtsstreit. Sie hoffe auf einen außergerichtlichen Vergleich mit der Fa. Rethmann; dies erfordere jedoch Zeit.

**Ö 25.6** **Mündliche Anfrage der Ratsfrau Liebe (MBM/F.D.P.)**  
**Sachgebiet Grundsicherung**

Ratsfrau Liebe bezieht sich auf ihre Anfrage in der letzten Ratssitzung und fragt an, ob und wie die Verwaltung reagiert hat.

Die Verwaltung teilt mit, dass personelle Konsequenzen gezogen wurden und ein Wechsel in der Sachbearbeitung erfolgte. Die Rückstände seien aufgearbeitet worden; alle Betroffenen hätten ein offizielles Entschuldigungsschreiben bekommen.

**Ö 25.7** **Mündliche Anfrage des Ratsherrn Dr. Stapper (Grüne)**  
**Beschwerdemanagement**

Ratsherr Dr. Stapper fragt an, welche Vorkehrungen die Verwaltung getroffen hat, um bei Schwierigkeiten zwischen Bürgern und Verwaltung zu reagieren. Die Verwaltung antwortet, dass es hierzu keine festen Regeln gibt. Wenn ein Bürger mit der Sachbearbeitung nicht zurechtkomme, wende er sich in der Regel an den Bereichsleiter, den Fachbereichsleiter oder auch den Bürgermeister. Dieses System funktioniere gut. Darüber hinaus sei die Verwaltung bemüht, das Personal durch Schulungen und Dienstbesprechungen fortzubilden. Bei den aufgetretenen Problemen im Sachgebiet Grundsicherung müsse die

Verwaltung ein Organisationsverschulden einräumen, da hier nötige personelle Konsequenzen früher hätten erfolgen müssen.